

AKTUELL

KLIMASCHUTZ ALS GRUNDRECHT

Klimaklage bekommt Recht

María Elorza Saralegui

Drei Klagen für den Klimaschutz lagen am Dienstag dem Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte vor, nur eine war erfolgreich. Der Sieg des Vereins der KlimaSeniorinnen Schweiz macht anderen Kläger*innen trotzdem Hoffnung.

Am 9. April schafften schweizerische Seniorinnen einen Präzedenzfall: Die Schweiz verstoße wegen unzureichender Klimamaßnahmen gegen die in der Europäischen Menschenrechtskonvention eingefassten Grundrechte, so das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg. Es ist das erste Mal, dass „ein auf Menschenrechte spezialisiertes transnationales Gericht ein Recht auf Klimaschutz direkt bestätigt“, lobte Greenpeace das Urteil in einer Pressemitteilung. Damit errangen die 2038 Klägerinnen, die ihre Klage gegen die schweizerische Regierung im Jahre 2016 als Verein „KlimaSeniorinnen Schweiz“ einreichten, einen „historischen“ Sieg. Der Fall ist der erste geschlechtsspezifische Fall für den Klimaschutz in der Schweiz.

Neben Kleinkindern, chronisch Kranken und älteren Menschen insgesamt, würde die Schweiz mit ihrer klimapolitischen Untätigkeit vor allem ältere Frauen nicht genügend schützen. Sie seien bei häufiger und intensiver werdenden Hitzewellen am stärksten betroffen, begründete der Verein seine Klage. Der EGMR gab ihnen am Dienstag recht: Die Schweiz hat Artikel 8 der Konvention – das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens – verletzt.

Unter anderem nennt der Entscheid als Begründung das schweizerische CO₂-Gesetz von 2011, das bis 2020 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber Werten von 1990 verlangte und sich nach dem damaligen Ziel der EU richtete. Dabei forderte die Wissenschaft zu der Zeit schon eine Verringerung um 25 bis 40 Prozent bis 2020. Das Ziel für 2020 – das die Schweiz zudem um 9 Prozentpunkte verfehlte – sei unzureichend gewesen, so das Urteil. Die älteren Frauen wurden demnach nicht genügend vor den Konsequenzen des Klimawandels geschützt. Die Schweiz müsse nun seine aktuellen Reduktionsziele für 2030 anpassen und stärkere Klimaschutzmaßnahmen einführen.

Da die Klage zunächst in der Schweiz aufgrund „unzureichender Erwägungen“ abgewiesen worden war und es keine Möglichkeit für ein weiteres legales Verfahren auf nationaler

Ebene gab, habe die Schweiz auch das Recht der Seniorinnen auf ein faires Verfahren nach Artikel 6 verletzt.

Alle Europaratstaaten, auch Luxemburg, könnten nun „aufgefordert werden, ihre Klimapolitik zur Wahrung der Menschenrechte zu überprüfen“, so Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg. Der Entscheid sei deshalb „von großer Bedeutung“ und werde die Erfolgsaussichten von anderen Klimaklagen erhöhen, sagte Cordelia Bähr, die leitende Rechtsanwältin der KlimaSeniorinnen.

Individuelle Opfereigenschaft fehlte

Dabei wies der EGMR am gleichen Tag mehrere individuelle Klimaklagen ab. Sechs Jugendliche aus Portugal, die, ähnlich der KlimaSeniorinnen, die klimapolitische Untätigkeit von 33 europäischen Staaten anklagten, wurden an die nationalen Gerichte verwiesen. Die Kläger*innen müssten sich erst durch die portugiesischen Instanzen klagen, bevor sie den EGMR anrufen könnten.

Andere Kläger*innen wurden wegen fehlender „Opfereigenschaft“ abgewiesen. Demnach seien weder Damien Carême, ein ehemaliger Einwohner und Bürgermeister der vom steigenden Meeresspiegel bedrohten französischen Gemeinde Grande-Synthe, noch vier KlimaSeniorinnen, die zusätzlich zur Klage des Vereins individuelle Klagen einreichten, ausreichend persönlich von der Klimakrise und Untätigkeit der Behörden betroffen, dass dies eine Verletzung ihrer Grundrechte darstelle.

Dennoch geben die Urteile auch individuellen Kläger*innen Hoffnung, wirft die Klimaanwältin Michaela Krömer in einer Pressemitteilung ein. Individuen müssten „sowohl persönlich als auch unmittelbar in einer Intensität betroffen [sein], die klar eine Verletzung seines Grundrechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens im Sinne des Artikel 8 EMRK darstellt“. Laut Krömer ist dies etwa der Fall von Mex M., ein Kläger der an multipler Sklerose erkrankt ist. Bei steigender Hitze verschlimmern sich seine Krankheitssymptome zunehmend. Das Urteil der Klage, die Krömer gegen die österreichische Regierung eingereicht hat, steht noch aus. „Würde Mex M. Recht gegeben werden, könnte der EGMR Österreich dazu verpflichten, eine wirksame Beschwerdemöglichkeit zu schaffen, und auch mehr im Kampf gegen die Auswirkungen der Klimakrise für Betroffene zu tun“, hofft die Anwältin nach dem Urteil im Fall der KlimaSeniorinnen.

SHORT NEWS

Antworten zur Umgehungsstraße Niederkerschen

(ja) – Am Freitag, dem 5. April 2024, antwortete Mobilitätsministerin Yuriko Backes (DP) auf eine parlamentarische Anfrage von David Wagner (Déi Lénk) zur geplanten Umgehungsstraße von Niederkerschen. Jahrzehntelang wurde darüber gestritten und 2023 wurden gleich zwei neue Trassen vorgestellt; zuerst eine Tunnelvariante und später jene Streckenführung, die nun in Angriff genommen werden soll. Wagner wollte wissen, warum die Alternativstrecke „D“ nicht zurückbehalten worden ist. Diese Strecke sollte durch die zwei Gewerbegebiete „Op Zaemer“ und „Bommelscheier“ statt durch Naturschutzgebiete führen. Laut Backes sei diese Variante aus Sicherheitsgründen nicht möglich gewesen, unter anderem da man die nötigen Sichtverhältnisse nicht garantieren könne. Außerdem hätte diese Variante einen Ausbau des Park&Ride-Parkplatzes am Bahnhof erschwert. Die Alternativstrecke hätte auch nicht die Bedingungen für eine „Nah-Umgehungsstraße“ erfüllt, wie sie der nationale Mobilitätsplan 2035 fordert. Aus Backes' Antwort geht ebenfalls hervor, dass die Pläne für die Umgehungsstraße bereits am 19. Dezember 2023 vom Umweltminister Serge Wilmes (CSV) an die EU-Kommission geschickt wurden. Unterzeichnet wurde die Genehmigung am 15. März 2024.

Häusliche Gewalt: „Graves dysfonctionnements“

(tj) – In einer Pressemitteilung beklagt die Organisation La voix des survivant(e)s gravierende Missstände im Umgang mit Fällen von häuslicher Gewalt. Viele Betroffene, so die Kritik, hätten das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Die Anwaltskosten, die auf Klage erstattende Opfer zukämen, seien vor allem für Alleinerziehende eine unzumutbare finanzielle Belastung. La voix des survivant(e)s will dem nicht länger tatenlos zusehen. Ende März wiesen sie zunächst Polizeiminister Léon Gloden (CSV) anlässlich einer Unterredung auf mangelnde Weiterbildungen bei Polizei und Gerichten in puncto häuslicher Gewalt hin; anschließend trafen sie Justizministerin Elisabeth Margue (CSV). In der Proposition de loi, die sie im Rahmen dieses Treffens vorlegten, fordern sie gleich mehrere Maßnahmen. So sollten etwa sowohl psychische Gewalt als auch Femizide ins Strafgesetzbuch eingeschrieben werden. Die asbl fordert zudem eine bessere Opferbetreuung, unter anderem durch die Einrichtung eines sogenannten Barnahauses. Dabei handelt es sich um eine Struktur, in der minderjährige Opfer und Zeug*innen von Gewalt medizinisch, juristisch und psychologisch betreut werden können. 2020 war ein entsprechendes Projekt von der damaligen Regierung auf Eis gelegt worden.

woxx@home

Bilanzierende Begrüßung

Die Mitarbeiter*innen in einem selbstverwalteten Kleinbetrieb wie der woxx sind eigentlich unersetzbar – das mussten wir in den vergangenen Monaten gleich mehrmals erfahren, da einige aus unseren Reihen verabschiedet worden sind. Allerdings hat sich wohl kaum jemand so rasch als unverzichtbar erwiesen wie Giulia Thinner, die wir glücklicherweise an dieser Stelle nicht verabschieden müssen, sondern etwas verspätet willkommen heißen dürfen. Die „Neue“ arbeitet bei uns als Journalistin, Fotografin und kümmert sich als Redaktionssekretärin um viele der laufenden Geschäfte. So hat sie in den wenigen Monaten, in denen sie bei uns ist, schon unzählige Probleme zum Verschwinden gebracht. Keine Bitte bleibt ungehört, keine Aufgabe bleibt unerledigt, keine Anfrage wird aufgeschoben – wir alle fragen uns, wie sie das nur immer macht. Bevor sie bei uns als Allzweckwaffe gelandet ist, hat sie an der Ostkreuzschule für Fotografie in Berlin studiert und ihr Können in Gruppenausstellungen unter anderem in Tallinn, San Francisco, Miami, Athen und natürlich nicht zuletzt hierzulande präsentiert. Auch unsere Backcover hat sie Anfang des Jahres schon bespielt, und einen Besuch ihres eigenen Internetauftritts können wir ebenfalls nur empfehlen. Liebe Giulia: Herzlich willkommen! Und liebe Leser*innen: Uff, hatten wir mal wieder Glück!